

Antrag der Fraktionen der SPD und Bündnis 90/Die Grünen**Für den Zusammenhalt unserer Städte – soziale Stadtentwicklung weiterentwickeln!**

Eine integrierte Stadtentwicklungspolitik verknüpft bauliche mit sozialen, bildungs-, wirtschafts- und arbeitsmarktpolitische Maßnahmen, um Stadtteile mit besonderem Sanierungs-, Umbau- und Förderbedarf zu stabilisieren und weiterzuentwickeln. Bezahlbarer Wohnraum in allen Quartieren, Möglichkeiten altengerechten Wohnens ebenso wie „junges Wohnen“ sowie ein breites, auch außerschulisches Bildungs- und Freizeitangebot und eine wohnortnahe Versorgung wirken der sozialen Entmischung der Stadtgesellschaft entgegen.

Soziale und kulturelle Teilhabe und bürgerschaftliches Engagement werden durch die bauliche Realisierung von Projekten ermöglicht, die aus dem Programm „Soziale Stadt“ gefördert werden. In Bewohnertreffs, Familien- und Quartiersbildungszentren werden niedrigschwellige Angebote realisiert und die Nachbarschaften in den Quartieren stabilisiert.

Daher hält die Bürgerschaft (Landtag) die für 2012 von der Bundesregierung vorgesehenen Mittel der Städtebauförderung neuerlich für zu knapp bemessen und lehnt die finanziellen und qualitativen Einschränkungen des Programms „Soziale Stadt“ entschieden ab. Der einstimmige Beschluss der Bundesbauministerkonferenz und die klare Positionierung des Deutschen Städtetages gegen diese verfehlte Politik des Bundes dokumentieren, dass unsere Gesellschaft sie breit ablehnt. Das Auslaufen des KfW-Programms „Altengerecht umbauen“ in 2012 ist kurzfristig und unsozial.

Bremen muss deshalb versuchen, die noch vorhandenen Bundesmittel der Städtebauförderung in voller Höhe abzurufen und sie durch eine begleitende, unterstützende Politik so nutzbringend wie möglich zu investieren. Eine integrierte Stadtentwicklungspolitik muss inhaltlich und konzeptionell weiterentwickelt werden.

Die Bürgerschaft (Landtag) möge beschließen:

1. Die Bürgerschaft (Landtag) lehnt die Kürzung durch die Bundesregierung bei dem Programm „Soziale Stadt“ ab und fordert die Wiederaufnahme von konsumtiven Modellvorhaben in das Programm. Sie bittet den Senat, sich weiterhin dafür einzusetzen, dass der Bund wieder ausreichend Mittel für eine integrierte Stadtentwicklungspolitik bereitstellt.
2. Die Bürgerschaft (Landtag) erwartet vom Senat, dass der Beteiligungsprozess bei der Entwicklung von Projekten der Programme „Soziale Stadt“ und „Wohnen in Nachbarschaften“ auf der Stadtteilebene erhalten bleibt. Das Engagement auf Stadtteilebene macht die Stärke dieser Programme aus und aktiviert die Menschen in den betroffenen Stadtteilen. Die Bürgerschaft (Landtag) begrüßt, dass der Senat im Zuge der laufenden Haushaltsaufstellung die Komplementärmittel für die Programme der Städtebauförderung dargestellt hat.

Jürgen Pohlmann, Wolfgang Jägers,
Björn Tschöpe und Fraktion der SPD

Carsten Werner, Susanne Wendland, Frank Willmann,
Dr. Matthias Güldner und Fraktion Bündnis 90/Die Grünen